

auf Grund seiner Parteizugehörigkeit von den Russen verhaftet worden war, zurückweisen, und ich habe mich unter Hinweis darauf, dass das Leistungsprinzip sich mit sämtlichen Richtlinien der Zentralverwaltung nicht vereinbaren liesse, mit meiner ganzen Überzeugungskraft für diesen Bewerber eingesetzt. Es handelte sich um den jetztigen Studienreferendar in Westberlin, Herrn Joachim Herbst.

Ich habe meine Einstellung zu den Zulassungsfragen auch öffentlich bekundet, in meinem Artikel "Leistungsprüfung statt Arbeitspflicht" (Forum H.9, 1948, 302). Von dem SED-Studenten Werner Turski (Bergakademie Freiberg) war im Auftrag der Zentralverwaltung der Vorschlag gemacht worden, aus "gesellschaftlichen Gründen" eine Arbeitspflicht für alle Studienbewerber einzuführen. Die Zulassung zum Studium sollte dann auf Grund eines Gutachtens des Betriebsrates erfolgen, unter dessen Aufsicht der Studienbewerber seine Arbeitspflicht abgeleistet hatte. Ich wandte mich gegen diesen Vorschlag und schrieb, dass der Studienbewerber sich lieber einer Leistungsprüfung vor den Professoren als einer solchen Arbeitspflicht unterziehen würde. Er werde das "lieber tun, als ein Jahr in einem Betriebe stehen, wo er nur Obacht zu geben hat, möglichst geschickt die Stimmung des Betriebsrates und der Gewerkschaft für sich zu gewinnen". Herr Turski antwortete (ebd. S.237.), dass ich "den gesamten gesellschaftlichen Sektor des Lebens ausser acht" liesse, und dass ich "nur einseitig die fachliche Seite" sähe. Das ist ein Vorwurf, der im Osten sehr schwer wiegt, wie heute jeder weiss.

Dieses war im September 1948, als die FU. schon gegründet war. Herr Jablonowski war aber noch an der Humboldt-Universität tätig, er hat sich aber niemals um diese Fragen gekümmert. Der Vorwurf, ich habe "die antikommunistischen Kräfte der Humboldt-Universität - milde ausgedrückt - im Stich gelassen", wendet sich gegen ihn selbst.

Meine eigentliche Studentenratsarbeit lag auf gleicher Ebene. Ich habe mich immer bemüht, dass alles, was im Studentenrat beschlossen worden war, nicht nur Theorie blieb, sondern auch in die Praxis umgesetzt wurde. Dafür will ich ein kleines Vorkommnis als Beispiel anführen: Vor dem 1. Mai 1947 hatte der Studentenrat entgegen dem Betriebsrat den Beschluss gefasst, die Universität nicht in der üblichen kommunistischen Weise zu schmücken; nur auf Vorschlag der SPD war ein einziges Spruchband erlaubt worden. Am Vortage des 1. Mai hatte der FDGB in die von ihm durchgeführte allgemeine Ausschmückung der Häuser Unter den Linden die Universität trotzdem miteinbezogen. Ein Vertreter der Medizinischen Fakultät im Studentenrat, Herr cand.med. Koehn, meine spätere Frau und ich, die wir uns zufällig vor der Universität trafen, erhoben dagegen sofort bei unserem Betriebsrat Protest, der uns an die oberste Leitung des FDGB verwies. Wir gingen auf der Stelle selbst dorthin und machten unseren Einspruch bei dem Vorsitzenden persönlich und nachdrücklich geltend, der uns endlich zusagte, die roten Spruchbänder zu entfernen, was dann auch noch in der Nacht geschah.

Im Studentenrat habe ich weder mit den drei kommunistischen Vertretern noch mit der SPD-Gruppe zusammengearbeitet, wie ich überhaupt jede Parteipolitik abgelehnt habe. In dieser Haltung stimmte ich mit der Mehrheit der Studentenratsmitglieder überein und bin dann trotzdem auch mit Zustimmung dieser beiden Gruppen als Nachfolger von Herrn Petermann, der wegen seines medizinischen Staatsexamens ausscheiden musste, im November 1947 zum 1. Vorsitzenden gewählt worden (nach meiner Erinnerung einstimmig).

An dieser Haltung hat sich auch in der folgenden Zeit nichts geändert. Wie ich oben ausgeführt habe, lässt sich aus der Volkskongressangelegenheit ebenfalls kein "Opportunismus" herausinterpretieren. Schliesslich ist die von Herrn Otto Bach/TU. Berlin und mir angeregte und organisierte "Interzonale Studententagung" in Berlin im Januar 1948 ein weiterer Beweis dafür, dass ich mich für die Förderung der gesamtdeutschen Studentenfragen eingesetzt habe. Gerade diese Tagung, der durch ihre Teilnahme alle vier Besatzungsmächte ihr Interesse bewiesen, ist von den Russen nicht sehr wohlwollend betrachtet worden, und es kostete mich viel Mühe und Überzeugungskraft, um überhaupt die sowjetische Kulturabteilung in Karlshorst dazu zu bewegen, den ostzonalen Studentenvertretern die Teilnahme zu gestatten. Es war übrigens die letzte Tagung, auf der Herr Natonek als Vertreter der Leipziger Studenten erscheinen konnte. - Um welche Fragen es uns bei